

Innenpolitische Kernprobleme.

Das politische Leben in Deutschland leidet, wie zu-
sammenfassend zum Ausdruck des Volksgeistes in
Ercheinung tritt, an einer Fülle ungelöster
Probleme. Das deutsche Volk gleicht einem Manne,
der einen nicht gut sitzenden Anzug trägt. Hier hat er
daran etwas auszusetzen und da er sich nicht darin
geniert, er wird täglich nervös durch die vielerlei
Anpassungen, die er an seinem Anzug zu machen
hat. Er hat es sich etwas überbürdet anfertigen lassen,
nun sieht er die Fäden und Nähte, die dabei unter-
laufen sind. Der Stoff allerdings ist gut, auch die
Färbung entspricht seinem Wunsch und seinem Ge-
schmack; nur sein Schönheitsfehler unterläuft, und sie
sind es, die sein Mißbehagen verursachen. Aber der
Mann ist ein selbständiger Mann. Er jagert, etwas Ent-
scheidendes zu unternehmen, wodurch die Fehler be-
seitigt werden könnten.

Seit acht Jahren ist jetzt die Verfassung von
Weimar in Kraft. Sie ist die Grundlage des politi-
schen Lebens des deutschen Volkes. Sie hat die repu-
blikanische Staatsform festgelegt, die dem Willen seiner
großen Mehrheit entspricht. Sie hat auch sonst viele
und große Vorzüge, aber sie ist doch nicht in allen
ihren Teilen so geratet, daß man sagen
könnte, sie sei tadellos oder gar über alles
Lob erhaben. Wie die Fehler an dem Anzug
darauf zurückzuführen sein mögen, daß nicht ein Rei-
ser in seinem Anzug ihn zugeschnitten und seine einzel-
nen Teile selbst angefertigt und zusammengeheftet hat,
so leidet auch die Verfassung daran, daß nicht ein ein-
heitlicher Wille sie vom ersten bis zum letzten Artikel
geschaffen hat, daß vielmehr manche Kompro-
miss dazu nötig waren. Und wie die Anpassungen bei
dem Anzug vielfach zum Teil auch darauf zurückzu-
führen sind, daß sich die Figur des Mannes in der
Zeit, in der er ihn trägt, verändert hat, so sind
auch die Jahre seit dem Inkrafttreten der Verfassung
auf die innere Entwicklung in Deutschland nicht ohne
Einfluß geblieben.

Als das Volk von Weimar geschaffen wurde, hat-
ten wir im Reich und in den Ländern durchweg gleich-
artige Regierungen. Sie führten sich im wesentlichen
auf eine Zusammenfassung der Parteien, die man seit-
dem als Weimarer Koalition zu bezeichnen pflegt.
Spätere Wahlen haben diese Homogenität zerstört.
Zwischen dem Reich und den Ländern ist es
dadurch zu mancherlei Schwierigkeiten ge-
kommen. Und insbesondere, seitdem wir im Reichstag eine
von der Mitte bis zur Rechten reichende Regierungs-
koalition haben, haben sich diese Schwierigkeiten so
sehr gemehrt, daß man schon fast von einem Kampf-
zustand zwischen dem Reich und den Ländern sprechen
kann. Dieser unersöhnliche Zustand hat freilich zu einem
erheblichen Teile aus dem Grund, daß auf ein
finanzrielles Gebiet eine Regelung besteht, die
den Ländern nicht genügt und unter der auch die Kom-
munen leiden. Man sieht es ja gerade jetzt wieder, wo
die Frage noch ganz ungelöst ist, woher Länder und
Kommunen das Geld nehmen sollen, das für die not-
wendige Befolgsvermehrung der Beamten erforder-
lich ist. Es ist unmöglich, die auf dem deutschen Volke
und der deutschen Wirtschaft ruhende Steuerlast noch
weiter zu erhöhen. Werden doch bereits, wie Stege-
wald in den letzten Tagen in einer in verschiedenen
Städten des Reiches Westfalen-Nord gehaltenen
Rede darlegte, mehr als zwanzig Prozent des Volks-
einkommens in Deutschland an öffentlichen Ausgaben
entrichtet. Das ist außerordentlich viel, so daß man
durchaus denen zustimmen muß, die die Notwendig-
keit einer Steuerreform betonen. Nicht mit Unrecht
wird als eine Voraussetzung dafür eine organische,
durchgreifende Verwaltungsreform an-
gefordert, die auf eine denkbar einfache und sparsame
Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden abzielt.
So oft aber dieser Gedanke auch schon ausgesprochen
ist, so wenig ist bisher in dieser Beziehung geschehen.
Der Grund dafür liegt freilich vor allem darin, daß
eine durchgreifende Verwaltungsreform ohne eine
Verfassungsreform, durch die das Verhältnis
des Reichs zu den Ländern bereinigt wird, kaum mög-
lich ist. Es handelt sich hier um eine der innenpoliti-
schen Kernfragen, deren erste Lösung eine von
Tag zu Tag dringlicher wird. Und da ist es wieder das
preussische Problem, das einer organischen
Lösung die größten Schwierigkeiten macht. Es mehren
sich in letzter Zeit sehr beachtliche Stimmen, die das
Ausgehen Preussens im Reich fordern. Ob dies die
richtige Lösung ist, möchten wir auch heute noch wie
früher, wo wir uns an dieser Stelle ausführlich mit
dieser Frage befaßt haben, dahingestellt sein lassen.
Aber an der Tatsache, daß sich angegebene Männer
des politischen Lebens in letzter Zeit sehr stark mit den
hier angeschnittenen Problemen beschäftigen, kann auch
der, der verfassungsgeschichtlichen Fragen ein nur mäßig-
es Interesse entgegenbringt, deutlich erkennen, daß
es sich dabei um Bestrebungen handelt, die einer ein-
wandfrei bloßgelegten Wurzel des Übels unserer
innenpolitischen Mißstände an den Grund gehen
wollen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Be-
strebungen baldmöglichst auch auf parlamentarischem We-
ge zu aktiver Betätigung führen.

Merkt's ist die unbefriedigende Struktur des
Reiches nicht die einzige Wurzel des Übels. Auch

wer in den Farben Schwarz-rot-gold die Farben des
neuen Deutschlands sieht, die bleiben müssen, darf nicht
die Augen davor verschließen, daß der Farben-
und Flaggenkrieg schon viel zu lange nach
einer Beilegung schreit. Sie wäre am ehesten durch
einen Volksentscheid zu erreichen. Ihn herbeizuführen
kann natürlich nicht Sache derjenigen sein, deren Herz
für die gültigen Symbole der deutschen Republik
schlägt. Wer die Rückkehr zu Schwarz-weiß-rot will,
dessen moralische Pflicht sollte es sein, das Volk zu
endgültiger Entscheidung aufzufordern. Die Deutsch-
nationalen Volkspartei, die die Flaggenfrage immer
wieder aufwirft, entzieht sich aber in geradezu pein-
licher Weise dieser Pflicht, obwohl sie wiederholt von
angehänger völkertreuer Seite zur Verheißung
des Volksentscheides aufgefordert worden ist. Sie
rechnet offenbar nicht damit, die zwanzig Millionen
Stimmen, die für den Farbenwechsel notwendig
wären, aufzubringen. Nach dem Ergebnis der letzten
Reichstagswahlen muß allerdings diese Erwägung als
richtig angesehen werden. Wenn aber auch selbst nach
deutschnationaler Auffassung nicht daran zu zweifeln
ist, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für
Schwarz-rot-gold ist, dann sollte von jedem Staats-
bürger mit demokratischer Gesinnung die immer wie-
derholte Ausführung des Flaggenkrieges durch die
Deutschnationalen als eine verwerfliche parteipolitische

Machenschaft erkannt werden, von der es bei den näch-
sten Wahlen deutlich abzurücken gilt. Dadurch
würde ohne Zweifel der Flaggenkrieg von selbst auf-
hören.

Der Hinweis auf die im kommenden Jahr fälli-
gen Wahlen lenkt die Gedanken zu der schier bis zum
Ueberdruß in der Presse behandelten Notwendigkeit
der Wahlrechtsreform. Immer wieder ist sie
an dieser Stelle als eines der dringlichsten politischen
Probleme bezeichnet worden. Und es ist außerordent-
lich begrüßenswert, daß ein so hervorragendes Mit-
glied der Zentrumspartei wie ihr Führer in Baden,
Präsident Dr. Schofer, jetzt an die Zentrumskontrolle
des Reichstages die dringende Aufforderung gerichtet
hat, im Reichstag eine Entscheidung in der Wahl-
rechtsfrage herbeizuführen. Nachdem vor zwei Jahren
schon der Zentrumsparteitag in Kassel einstimmig die
Reform des Wahlrechts, insbesondere die Abschaffung
der langen Listen und die engere Verbindung des Ab-
geordneten mit seinem Wahlkreis gefordert hat, müßte
die Hinausschiebung dieser Frage bis nach den nächst-
jährigen Wahlen als eine Mißachtung des Willens
der Zentrumswähler betrachtet werden. Auf einem
anderen Weite steht natürlich, ob im jetzigen Reichstag
eine Mehrheit für die Wahlrechtsreform zustande zu
bringen ist. Wie sich in dieser Hinsicht wenig zuver-
lässig. Um so mehr aber besteht für die Zentrumswähler

wahlerschaft Veranlassung, auf die Abgeordneten, auf
die sie Einfluß hat, einzuwirken, daß sie mit größtem
Ehrgeiz darauf Bedacht nehmen, daß das jetzige Wahl-
verfahren durch ein besseres ersetzt wird. Die Leitung
des badischen Zentrums hat beschlossen, den in Baden
für die kommenden Reichstagswahlen aufzustellenden
Kandidaten ausdrücklich die Verpflich-
tung abzunehmen, für den Fall ihrer Wahl
mit aller Entschiedenheit für eine
durchgreifende Wahlrechtsreform ein-
zutreten. Wir möchten wünschen, daß diese Bei-
spiel Badens in allen Wahlkreisen, in denen Zen-
trumslandidaten aufgestellt werden, Nachahmung
finde.

Nicht zuletzt muß natürlich unter den wichtigsten
innenpolitischen Problemen auch die Schulfrage
angeführt werden. Da sie jetzt zur Entscheidung steht,
kann aber in diesem Zusammenhang auf ihre Be-
handlung verzichtet werden. Auch sie gehört zu den
Kernfragen deutscher Politik, deren alsbaldige Lösung
für den inneren Frieden des deutschen Volkes und
für eine Gesundung seines politischen Lebens not-
wendig und des Schicksals verantwortungsbewußter
Parlamentarier wert ist. Mögen diese und unter
ihnen vor allem die uns nahestehenden alles daran
setzen, daß die erforderlichen Entscheidungen nicht auf
die lange Bank geschoben werden!

Ablehnung des Schulgesetzes im Reichsrat.

Der Reichstag hat das Wort.

○ Berlin, 14. Oktober. (Draht.)

Von unserer Berliner Redaktion.
Die Abstimmung über das Reichsschulgesetz im
Reichsrat hat einige Überraschungen hervorgerufen.
Man hatte in weiten Kreisen damit gerechnet, daß die
in den Ausschüssen des Reichsrates beschlossenen Ver-
änderungen vor der Plenarversammlung angenommen wer-
den. Doch, wie so oft, kam es auch diesmal anders, als
man dachte. Aus ganz verschiedenen Motiven
sah sich eine Mehrheit gegen die vorliegende Fassung
zusammen. Teilweise wurde in dem Änderungspara-
graphen ein zu weitgehendes Entgegenkommen
gegen die Konfessionschule erblickt, teilweise sah
man in ihm das Gegenteil. Es kann also keine Rede
davon sein, daß ein geschlossener einheitlicher
Wille bei der Abstimmung zu Tage getreten sei.

Entscheidend ist die Abstimmung im Reichsrat nicht
viel zu bedeuten, denn eine endgültige Entschwei-
dung über das Schicksal des Reichsschulgesetzes ist
in seiner Weise gefallen. Vielmehr kann man ohne Beden-
ken die Behauptung wagen, daß die tatsächliche Situation
für die Reichsregierung jetzt günstiger ist, als sie
es je gewesen wäre, wenn der Reichsrat dem in der
Hauptsache auf den preussischen Gegeneinstwurf
beruhenden Paragraphen zugestimmt hätte. Wäre
nämlich im Reichsrat das Schulgesetz mit den beträch-
tlichen Änderungsanträgen der Aus-
schüsse zur Annahme gelangt, so wäre die Reichs-
regierung in die unangenehme Lage verwickelt worden,
dem Reichstag eine Doppelvorlage zugeben zu
lassen. Denn die Reichsregierung hätte sich die wesentlichen
veränderten Paragraphen nicht zu eigen machen können.
Nunmehr ist die tatsächliche Lage sehr einfach. Artikel 69
der Verfassung zeigt den Weg, der zu beschreiten ist.
Diese Bestimmung lautet:

Die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichs-
regierung bedarf der Zustimmung des Reichsrates.
Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichs-
regierung und dem Reichsrat nicht zustande, so kann
die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl ein-
bringen, hat aber hierbei die abweichende Auf-
fassung des Reichsrates darzulegen. Be-
schließt der Reichsrat ein Gesetzesvorlage, welcher die
Reichsregierung nicht zustimmt, so hat diese die Vor-
lage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichs-
tag einzubringen.

Da infolge des Abstimmungsergebnisses im Reichsrat
aberhaupt keine veränderte Gesetzes-
vorlage mehr vorhanden ist, steht der Reichs-
regierung das Recht zu, ihren ursprünglichen
vom Reichsinnenministerium ausgearbeiteten Entwurf,
dem Reichstag vorzulegen. Dies wird auch geschehen.
Der Reichstag hat jetzt das Wort. Zunächst ist der
Reichsrat ausgeschlossen. Er tritt erst wieder in
Funktion, sobald die Vorlage vom Reichstag ver-
abschiedet ist. Der gleiche Vorgang hat sich schon
einmal in diesem Jahre beim Zuckerzoll abge-
spielt, der auch vom Reichsrat abgelehnt worden war.
Der Reichstag nahm trotzdem den Zuckerzoll an und
der Reichsrat verzichtete dann auf seinen Einspruch,
sobald die Zollvorlage Gesetz wurde.

Ueber die Fassung, welche das Reichsparlament
einnehmen wird, kann aus natürlichen Gründen nichts
mit absoluter Gewißheit vorausgesagt werden. Die
hartnäckigen Gegner des Reichsschulgesetzes, insbesondere
die Demokraten, werden keine Mittel scheuen, um
die Vorlage zu Fall zu bringen. Ob dies jedoch gelingt,
darf flüchtig bezweifelt werden; denn eine Mehrheit
wenn das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die
Deutschnationalen Volkspartei geschlossen für die
Regierungsvorlage stimmen. Einige Änderungen, die
den Kern der Materie nicht berühren, sind wohl noch

möglich und imstande, auch den Sozialdemokraten
den Entwurf tragbar erscheinen zu lassen. Abgesehen
davon, daß die Sozialdemokraten in künftigen
Tagen kein solch scharfes Mein sagen
wie die Demokraten, ihnen ein positiver
Einfluß auch erzielt werden durch Er-
wägungen, die sich aus dem Bestande der
Regierungskoalition in Preußen von selbst
ergeben. Die Reichsregierung müßte also dem Reichs-
tag keine unnötige Arbeit zu, wenn die Vorlage hat in
diesem Gremium keine ungünstigen Aus-
sichten. Und ob dann der Reichsrat nochmals Ein-
spruch erheben wird, ist mehr als zweifelhaft. Wenn
Preußen, Bayern, Oldenburg und die Provinzen ver-
treter, welche letztere sich mit zwei Ausnahmen
bereits am Freitag für den Regierungsentwurf ein-
setzten, zusammenhalten, so geht die Vorlage in der
Gesamtheit, wie sie dem Reichstag vorliegt, auch im Reichsrat
durch. Man braucht der weiteren Entwicklung des
Schicksals des Reichsschulgesetzes also durch-
aus nicht pessimistisch entgegenzusehen.

Sitzungsbericht.

○ Berlin, 14. Okt. In der heutigen Sitzung des
Reichsrates fand der Reichsschulgesetzentwurf zur
Beratung. Den Vorsitz führte Reichsinnenminister von
Reubell.

Der Berichterstatter Ministerialdirektor Rastner
wies zunächst darauf hin, daß nach dem Vorschlag der
Ausschüsse die Vorlage den Namen „Reichsschul-
gesetz“ tragen soll. Die Ausschüsse waren sich
darüber einig, daß das erste Gebot für die Fassung
des Gesetzes die peinlich genaue Beachtung und
Durchführung der Reichsverfassung sein
müsse. Es würden jetzt mindestens vier verschie-
dene Formen der öffentlichen Volksschule in Er-
scheinung treten: Die Gemeinschaftsschule, die Beken-
nisschule, zum mindesten für die beiden großen Beken-
nisse, und die Bekenntnisfreie Schule. Zum ersten Male
würde in dem Gesetz der Wille der Reichsregierung
ausgesprochen, daß 300 verschiedene Anträge
gelehrt werden, deren wesentliche dahin gehen, daß
im Paragraph 12a eine Fassung beantragt wird, die
sich aus der Ueberzeugung der Reichsregierung ergibt,
daß durch Artikel 146 der Reichsverfassung begrün-
deten bedingten Vorzugstellung der Gemeinschafts-
schule eine dem Vortritt der Reichsregierung enger an-
gepaßte, dem Leben der Schule einflußreich gerecht wer-
dende und dem Unterrichtsstande genügende Fassung
beantragt. Ferner wird eine Fassung beantragt,
die es den Religionsgesellschaften ermöglicht, sich die
Ueberzeugung von der Uebereinstimmung des Religions-
unterrichtes mit den Grundsätzen der Religionsgesell-
schaften gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung in den
verschiedenen in den Ländern gewährten Form und
auch ohne Einschränkung in den Religionsunterricht zu
verschaffen. Die beantragte Bestimmung über die
Kosten des Gesetzes entspricht dem Verlangen der
Länder, das Reich müsse die erforderlichen Mittel über-
nehmen, da die Länder und Gemeinden dazu außerstande
seien. Die Ausschüsse beantragen weiter eine Ergän-
zung der amtlichen Bezeichnung der Vorlage in dem
Zusatz, daß die Errichtung im Schulwesen auf der
Grundlage des religiösen Glaubens zu erfolgen hat, der
alle Bekenntnisse verbindet und daß dabei Toleranz
geübt werden soll.

Reichsinnenminister v. Reubell erklärte, daß die
Reichsregierung in vielen Punkten den Ausschussbeschlüs-
sen nicht zustimmen könne. Sie werde das bei
den einzelnen Bestimmungen erklären und sich ihre
Stellungnahme vorbehalten.

Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer erklärte,
daß die sächsische Regierung würde der Regierungsvor-
lage nicht zustimmen können, weil diese
Vorlage eine unverträgliche Zersplitterung des sächsischen
Schulwesens hervorriefen, Unfrieden erwecken würde
und weil diese Vorlage auch der Verfassung wider-
spräche. Die Ausschussbeschlüsse könnten als eine wesent-
liche Verbesserung betrachtet werden, wenn auch
Sachsen dadurch nicht vollständig befriedigt werde. Wenn

die Vorlage Gesetz werde, müßte das Reich unbedingt
die Kosten übernehmen.

Bei der nun folgenden Einzelberatung der
Vorlage erklärte Minister v. Reubell, daß die
Reichsregierung ihre Zustimmung zu den von den Aus-
schüssen beantragten Änderungen nicht in Aus-
sicht stellen könne.

Bayerische Anträge auf Wiederherstel-
lung einzelner Bestimmungen der Regierungsvor-
lage wurden gegen die Antragsteller abgelehnt.
Ebenso einige sächsische Anträge.

Zur namentlichen Abstimmung kam es
über den neu eingefügten Paragraphen 12a, der befaßt:
„Von Amts wegen einzurichtende neue Schulen sind Ge-
meinschaftsschulen, soweit sie nicht auf Antrag
der Erziehungsberechtigten in eine andere Schulform
umgewandelt werden. Die Umwandlung kann nur
von einer Zweidrittelmehrheit durchgeführt werden.“

Bayern beantragte die Streichung des Para-
graphen 12a. In namentlicher Abstimmung wurde die
Streichung des Paragraphen mit 42 gegen 28 Stimmen
abgelehnt, ebenso mit 40 gegen 28 Stimmen ein
Antrag Oldenburgs, wonach zur Umwandlung in
eine andere Schulform schon eine einfache Mehrheit ge-
nügen soll. Es bleibt also bei dem eingefügten Pa-
ragraphen 12a. Mit Bayern stimmen die preussischen
Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenz-
mark, Schleswig-Holstein, Ostfriesland, Niederelbe, Hannover,
Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinpro-
vinz, außerdem Württemberg.

Minister v. Reubell erklärte, daß er die Zustimmung
der Reichsregierung für diesen Beschluß nicht
in Aussicht stellen könne. Die Ausschuss-
beschlüsse über den Religionsunterricht wurde
gegen den Widerspruch der Reichsregierung mit 40 gegen
28 Stimmen angenommen.

Zum Paragraphen 20, der die Ausnahmestel-
lungen für die sogenannten Simultan-
schulen an der Hand, beantragte Minister v.
Reubell selbst eine Änderung der Regie-
rungsvorlage, während diese als solche Länder
Baden, Hessen und das ehemalige Herzogtum
Nassau aufgeführt, beantragte der Minister jetzt die
Fassung, daß die Ausnahme gelten soll für die Gebiete
des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht ge-
trennte Volksschule besteht. Westfälische Länder
wären danach also überhaupt nicht aufgeführt,
während die Ausschussvorlage die Länder Sachsen, Bran-
denburg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Anhalt, Bremen,
Sippe, Rügen, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe,
das ehemalige Herzogtum Nassau und die Städte Frankfurt
a. Main und Saarau aufgeführt.

Der Antrag der Reichsregierung wurde
mit 39 gegen 29 Stimmen abgelehnt und der Aus-
schussantrag bestätigt mit der Änderung, daß auch Meck-
lenburg-Schwerin in die Liste der Simultananschulen
aufgenommen wird.

Der letzte Paragraph des Gesetzes bestimmt nach dem
Ausschussantrag, daß die aus dem Gesetz den Ländern
und Gemeinden erwachsenden Kosten in voller Höhe
vom Reich zu tragen sind.

Hierzu erklärte Minister v. Reubell, die Reichs-
regierung könne vor der endgültigen Fassung der Vorlage
nicht die daraus entstehenden Kosten übernehmen. Sie
könne deshalb heute auch nicht erklären, ob und inwie-
weit eine Beteiligung des Reiches an den Kosten infrage
komme.

Staatssekretär Dr. Weismann erklärte, diese Er-
klärung des Ministers könne die preussische Regie-
rung nicht befriedigen. Auf seinen Antrag wurde
ausdrücklich festgestellt, daß der Ausschussantrag über die
Kostenfrage vom Reichsrat einstimmig ange-
nommen worden war.

Vor der Schlussabstimmung erklärte Gesandter v.
Preuer, die bayerische Regierung hätte der Regie-
rungsvorlage im wesentlichen zustimmen können, sie
lehne aber die vom Reichsrat jetzt vorge-
legte Fassung ab, weil darin der Gemein-
schaftsschule eine durch die Verfassung nicht be-
gründete Vorzugstellung vor der Bekenntnis-
schule gegeben werde.

Diese Begründung wies Ministerialdirektor Rast-
ner-Preuer als unzutreffend zurück.
Aus anderen Gründen als die bayerische Regierung
erklärten auch die Vertreter von Oldenburg, An-

F

reich.

ommunisten.

Fern.

Sucht.

transf.

பாப் 30

Баһиби

esse h
refert

iben.

נוסף על

◇ **Trier, 14. Okt. Naubüßersass.** In ein im belebtesten Centrum der Stadt gelegenes Kolonialwaren-geschäft drang gestern abend, als gerade der Laden geschlossen werden sollte, ein verummunter Mann ein, bewarf die beiden Verkäufer mit Pfeffer und gab gleichzeitig fünf Revolvergeschosse ab, durch die der Geschäftsführer getödtet wurde. Der andere Verkäufer schlug dem Eindringling die Waffe aus der

1/2 Rom, 3. Okt. Unter der Überschrift: „Die römische Frage“ wendet sich der „Espresso“ dem „Romano“ in einem Zeitaufsatz gegen die Ausführungen des früheren Unterrichtsministers Gentile im „Corriere della Sera“ über die jetzige Lage des Heiligen Stuhls. Nachdem der „Espresso“ dem „Romano“ nun gegen die Unterstellung verwaht hat, es hätte eine herzliche Verständigung zwischen dem Heiligen Stuhl und der italienischen Regierung bestanden, schreibt das Blatt dem Heiligen Stuhl folgendes: Wir sehen nicht ein, warum Italien einen Staat, dessen die Kirche für die Ausübung ihrer geistlichen Funktionen in der Welt besorgt, nicht als einen Staat anerkennen könnte. Italien hat allein und in bräutlicher Weise den Kirchenstaat zerstört, der in Jahrzehnten wieder hergestellt werden sollte. Daher kann es allein ihn wieder geschaffen werden. Daher kann es allein ihn wiederherstellen, wenn auch nicht in dem früheren Umfang, so doch wenigstens in einem Maße, der erforderlich ist, um die Unabhängigkeit des Papstes zu garantieren. Italien kann dies tun, ohne Selbstmord zu begehen, denn ein so wenig zögerlicher Staat könnte Italien nicht zerstören. Diese Wiederherstellung ist auch eine Pflicht Italiens. Die Destitution, d. h. die Aberkennung des Schandens, ist ein moralisches Gesetz nicht nur für Individuen, sondern auch für Staaten. Wer wegenommen hat, muß zurückgeben. Der Heilige Stuhl ruft in dieser Frage seine ausländische Macht als internationales Tribunal an. Er wartet auf eine Lösung der römischen Frage nicht von einer ausländischen Intervention, sondern von dem Gerechtigkeitssinn des italienischen Volkes. Den ausländischen Mächten wird alsdann nur übrig bleiben, in den Friedensverhandlungen mit dem Heiligen Stuhl im Hinblick auf seinen Zustand Kenntnis zu nehmen. Der Papst heute so frei ist wie früher, wie Gentile behauptet, darüber hat der Papst allein zu urteilen. Der Papst süßte sich nicht frei.

= Berlin, 13. Okt. Der preussische Staatsrat berät undacht die vom Wohlthätigkeitsminister vorgelegte Verordnungsüber die Forderung der Wohnungs-Verordnungswirtschaft, welche besagt, daß, wenn durch Teilung einer unbewohnten Wohnung von fünf oder mehr Wohnräumen eine räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnung hergesteilt werden, auf die neuen Wohnungen die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes im Allgemeinen keine Anwendung finden. Dr. Steigler (Arbeitsgemeinschaft) empfand den Antrag des Volksausschusses, Entwendungen nicht zu erheben. Die Vorlage wurde wegen der Kommunisten genehmigt. Zugestimmt wurde auch der Verordnung, die die Verteilung der Gesellschaftssteuer auf die Besteuerung der bekannten Verordnung über die Steuern der Studentenchaften an den preussischen Hochschulen. Nachdem (Arbeitsgemeinschaft) wie als Vertreter auf die schweren Kämpfe in der Studentenchaft, insbesondere in der Koalitionsfrage mit den bürgerlichen Studentenchaften hin. Im Volksausschuß zum Ausdruck gebracht worden, daß die Verteilung der Steuern auf die Studentenchaft durch die Verengung

= Siegen, 13. Okt. In einem Heuhaufen erstickt. In Lüttershausen wollte eine 60 Jahre alte Frau Eier aus den Nestern nehmen. Als sie über einen Heuschaber kam, stürzte sie und verwickelte sich in dem ausgestapelten Heu. Da sie sich allein nicht mehr herauszuarbeiten vermochte und Hilfe nicht zur Stelle war, fand die alte Frau den Erstickungstod.

Eugen d'Albert: Tiefland.

Es war ein guter Gedanke, die Oper „Tiefland“, die gegen Ende der letzten Spielzeit gegeben wurde, schon jetzt wieder auf das Programm zu setzen, denn Muffit von solchem Klängepaar hört man gern. Die Aufführung bewies, daß das Werk im vergangenen Winter sorgfältig einstudiert war. Auch die Ensemble hatten sich gut in ihre Rollen eingelebt. Das Orchester unter Gustav Schlemmings Leitung war auf der Höhe und wurde seiner Aufgabe, den Gesang und das Schreien auf der Bühne bald mit leuchtenden Akkorden, bald in ruhiger Melodieführung, bald mit ruhiger Dramatik zu begleiten und zu untermalen, in vollem Maße gerecht. Auch Stimmungsvoll war schon die Hirtenscene des Mariettensoles zu Anfang und am Schluß des Vorspiels. Von den Solisten muß an erster Stelle Reiner Winten (Vedro) genannt werden, der als Gast von Dortmund herübergekommen war, und dessen klangerfüllter, strahlender Tenor nicht von seiner Frische verloren hat. Dobbie v. Rhgn.-S. dagegen mußte die unter hartem Schicksal leidende Maria ergreifend darzustellen und auch schauspielerisch und gesangslich im Verlauf des zweiten Aufzuges, besonders in den Szenen mit Thomaßo und Vedro, zu schmerzlicher Höhe. Der Gewaltmensch und Wüstling Schalko land in Josef bezogen geeigneten Vertreter, wenn auch sein Organ, von Tonfülle angeht, nicht an das der Ballins heranreicht, der vor dem die Partie sang. Josef Grimberg (Moruccio) war am schärflichsten von allen. Es ist und bleibt ein großer Mangel, wenn von Opernsängern und Sängerninnen über dem Musikfassen die deutsche Textausprache vernachlässigt wird. Das gilt in gewisser Beziehung auch von Alice Gerstl (Nuri), deren weiche Stimme und Spiel sonst wohl unvorzähllich sind. Jacques Fresco (Tommajo) gehörte in würdiger Weise den Gemeindestellen Tommajo. Seine Stimme erklang rein und voll. Auch die kleineren Rollen waren ausreichend besetzt. Das Stück spielt teils auf einer Hochalpe der Pyrenäen, teils im Innigen Tiefland am Fuße der Pyrenäen in Sebastian's Wüste; deshalb sind nur zwei Filmbilder erforderlich, die beide passend und geschmackvoll waren. Das nahezu ausverkaufte Haus gab seiner Befriedigung durch reichen Beifall Ausdruck.

eintreten werde. Die Mehrheit habe sich jedoch für die Verordnung ausgeprochen. Event. (Romm.) und Dr. Jarres (Arbeitgemeinschaft!) bedauerten, daß ein Vertreter des Ministeriums nicht anwesend sei. Darauf wurde einstimmig ein Antrag, die Weiterberauna zu vertagen, angenommen. Hierauf begründete Meyer-Dispreußen (Romm.) einen Antrag seiner Fraktion, die Vertreter Preußens im Reichsrath anzuweisen, gegen das Reichsbeschlußgefz zu stimmen. Auch durch die preussischen Anträge würden die schweren Bedenken nicht beseitigt. Ohne Aussprache wurde der kommunikative Antrag abgelehnt.

Die Beratung über die Studenteneigenschaften wurde dann wieder aufgenommen, da insynstischen Ministerialdirektor Dr. Richter vom Kultusministerium eingezeichneten war. — Nachdem Euber (Komm.) noch brachte, daß die Dringlichkeit der Vorlage bestritten hatte, wurde das Tagesamt in die Bedenken der Arbeitgebe und die Selbstbestimmung der Studenten. Der große deutsche Gewerkschaftsbund sei zu berücksichtigen. In indirekte Zwänge, die sich aus dem Gesetz ergeben, werden aufzuheben. Man möge es bis auf weiteres bei der alten Verordnung vom September 1920 belassen, damit später eine befriedigende Lösung gefunden werden könne.

Ministerialdirektor Richter hob hervor, daß die wichtigsten Einrichtungen geschaffen sind. Die alte Verordnung sei in einer gewissen Haft hergestellt. Die neue Verordnung sichere, Streitigkeiten möglichst auszuscheiden und Berührung herbeizuführen. Wenn die preussischen Studenteneigenschaften auf die Verordnung einwirken, so ist die gesamte deutsche Vereinigung möglich.

Die Änderungsanträge der Kommunisten und der Arbeitgebeinschaft wurden gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Auswahlantrag, Einwendungen nicht zu erheben, angenommen.

Offen, 14. Oktober. Das gefrigitie Tieflandgebiet über der Nordsee und Standinavien ist südkwärts nach dem Nigalischen Zusen fortgeschritten und erstreckt sich in einem Nukstür über die südliche Ostsee nach der Nordsee und Westdeutschland. Über Standinavien hat sich ein Hochdruckgebiet ausgebreitet, während das Hochdruckgebiet über Großbritannien und Südosteuropa beträchtlich abgenommen hat. Ein neues Tieflandgebiet erstreckt sich über den Nordmeere herangezogen. Heute früh herrschte in Deutschland bei 3 bis 10 Grad Wärme wolloses und vielfach nebligcs, sowie an der Küste regnerisches Wetter. Vorherlage bis Sonntag: Größtentheils bewölkt, zeitweise leichte Regenfälle und etwas

Der Abschluß am 30. Juni 1927 ergibt einen Betriebsüberschuß von RM. 32 848 535,20 (RM. 24 467 663,—). Der Roßgewinn beträgt RM. 15 251 859,77 (RM. 2 409 886,19) nach Abschreibungen RM. 8 019 730,29 (RM. 7 067 073,36), verbleibt demnach ein Reingewinn von RM. 7 232 129,48 (RM. 5 342 812,83) welcher wie

Ueber die Betriebe heißt es im Bericht: Der Betrieb unter Tage auf Zechen Victor-Jäfern konnte ebenso wie auf Werne und Königshorn der stark gesteigerten Arbeitsmöglichkeit in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres weitgehend angepaßt werden. Auch die während der französischen Verwaltung (Micum) auf Victor-Jäfern im Aufwuchs erhaltenen und noch nicht voll nachgeholten Hauptgesteinsarbeiten konnten lebhafter betrieben werden; an Ausrüstungen und Hauptausrüstungen wurden 8900 M gegen 6070 M im Vorjahre aufgewandt. Das Bedürfnis, besonders den bergmännischen Nachwuchs besser als bisher für seinen Beruf vorzubilden, war der Veranlassung, auf Victor 34 eine Lehrwerkstatt einzurichten. Die jungen Vergleute werden in der Weise ausgebildet, daß sie zunächst 2 Jahre, wöchentlich wachsend, an den verschiedenen Arbeitsstellen des Tagesbetriebes und in der Lehrwerkstatt beschäftigt werden. In nächsten Handwerksstellen werden sie in allen dem Bergmännischen notwendigen Handwerksfächern geübt, in der Kenntnis der technischen Einrichtungen des Grubenbetriebs unterwiesen sowie in geistiger Wendigkeit und Auffassung der Leiter. Der Lehrbetrieb nach weitere 2 Jahre den Zeitplanmäßig in allen verschiedenen bergmännischen Tätigkeiten beschäftigt und unterwiesen werden, um dann dauernd in verschiedenen Handwerksstellen unter Erteilung des neben den Vergleuten ausübende die Handwerkslehrlinge, die eine ununterbrochene dreijährige Ausbildung in ihrem Handwerk durchlaufen.

Der Betrieb auf Jeché Köhlsbörns blieb frei von Störungen. Die im vergangenen Jahre auf der Schachtanlage 2 unter Tage in Angriff genommenen Arbeiten zur Verstärkung eines Stützpfeilers wurden beendet und die neue Wasserhaltung fertiggestellt. Die zugehörige Zumpfanlage erhielt eine Erweiterung von 2000 cbm. Ueber Tage sind die neue Kesselwände und die anschließenden Gleisanlagen betriebsfertig hergestellt. Mit den Gleisarbeiten für eine neue Schiebehöhne wurde begonnen.

Betriebsstörungen kamen auf Jeché Werne im Laufe des Jahres nicht vor. Die 1925 in Angriff genommenen und auch im abgelaufenen Geschäftsjahre weitergeführten Betriebsverbesserungen unter und über Tage machten gute Fortschritte und würden sich in verbesserten Betriebsergebnissen aus. Die Jeché General konnte in der Zeit der günstigen Abnahme ihre Förderung und Kessel wieder härter betreiben und wird somit zur Deckung des Eigenbedarfes und zur Verdrängung des Abfahrs in gewissen Sorten weiterbetrieben.

Auf dem Salzer Eisen- und Stahlwerk wurde mit dem Umbau der Hochofen fortgefahren. Nachdem der Ofen 1 zu Anfang des Berichtsjahres angeblasen war, wurde zum Hofen 3 in Angriff genommen. Das Stahlwerk ist für eine Monatsproduktion von 35-40 Tonnenn gebaut, kann aber durch Bau eines 5. Konverters noch weiter in seiner Leistungsfähigkeit gesteigert werden.

Die härteste Nachfrage in den Spezialergänjsnissen des Duffeldorfer Eisens- und Drahtwerkes veranlaßte auch das Martinwerk Ende 1926 wieder in Betrieb zu nehmen. Auf den Mann stößt man hier in Betrieb zu nehmen. Die im Oktober 1926 wieder in Betrieb aufgenommene Deim Vorjahr auf der Georgs-Marlen-Hütte in Angriff genommene Tiefofengruppe wurde vollendet. Der neu gegesselte Hochofen 2 ist am 2. September 1926 angeblasen worden. Die Leistungs-fähigkeit der schweren Ballenfräse ist durch den Einbau der Einkürzung zum Balzen von Rippenplatten ge-steigert. Auch dem Stahlwerk Osabrück wurde neben dem zweiten Ausbau der Stahlgroßschmelzerei für Schmiede- und Stahlschmelze eine moderne Wärme-behandlungsanlage zugekauft, welche ermöglicht, den höchsten Qualitätsanforderungen an derartige Güter nachzu-kommen. Die Steinbrüche und Zementfabriken am Nie-sberg konnten ihre Produktion steigern, das Vorkahr um 36 Pct. steigern und absetzen. Das Guntler Werk ist in der Eiserne und den sonstigen Betrieben regelmäßig beschäftigt gewesen. Nach der Fabrikation dieses Werkes herrschte lebhaftere Nachfrage.

Hamburger Schweinemarkt.

a) 69—70, b) 66—67, c) 64—66, d) 50—58, e) 52—60.

Amtl. Produktionsnotierungen in Berlin am 14. Oktober 1927.
(Für Getreide je 1000 kg. für die übrigen Waren je 100 Stk.)

	13. 10.	14. 10.	13. 10.	14. 10.
Weizen märk	24 251	249 51	Weizenmehl	32 35 1/2
Oktober	270 69 1/2	269 1/2	Tendenz	stetig
Dezember	272 1/2	273 73 1/2	Roggenmehl	31 1/2, 32 1/2
März	271 1/2	273 1/2	Tendenz	behaugt
Tendenz	ruhig	ruhig	Weizenkleie	14 1/4, 14 1/2
Roggen märk	237 239	238 1/2	Tendenz	stetig
Oktober	243 1/2	243 1/2	Roggenkleie	stetig
Dezember	242 1/2	244 44 1/2	Tendenz	stetig
März	247 47 1/2	248 49	Raps	305 - 31
Tendenz:	stull	lester	Tendenz:	stetig - stetig
			Leinwand	—
Gerste,			Tendenz	—
Sommer-			Viktoriaerbs.	52 57
Winter- a.	220 267	220 267	Al-Seiserbs.	35 37
Futtergerste			Futtererbsen	33 35
Tendenz:	ruhig	ruhig	Peluskenen	21 22
			Ackerbohnen	22 24
			Wicken	22 24
Hafer märk	198 212	198 272	Lupinen blaue gelbe	14 1/2 - 15 1/2
Oktober	—	—	—	—
Dezember	—	—	Seradelle alt neu	—
März	—	—	Rapskuchen	15,8 - 16,1
Tendenz:	ruhig	ruhig	Leinkuchen	22,3 - 23,2
Mals Waggon			Trockenschon	10,2 - 10,7
Irei ab			Soyaschrot	17,2 - 20,3
Leinwand	192 194	192 194	Torfmehl	31,7 - 32,7
Tendenz:	—	—	Kartoffellock.	25 - 25 1/2

Bremen: Baumwolle.

14. 10.				13. 10.			
	Brief	Geld	bezahlt	Brief	Geld	bezahlt	
Joco	28.85	22.77	22.77	22.65	—	—	
Jänner	22.85	—	—	22.61	—	—	
März	22.94	21.91	22.68	22.21	22.65	—	
Mai	23.00	22.92	22.94	22.11	22.69	23.70	
Juli	22.92	22.10	—	22.63	22.64	22.63	
September	—	—	—	—	—	—	
Oktober	23.00	—	—	—	—	—	
Dezember	22.86	22.75	—	22.83	22.43	—	
Endenz	—	—	—	—	—	—	
Liverpool. Baumwolle.							
14. 10. 13. 10.				14. 10. 13. 10.			
	11.62	11.58	—	Juli 1928	10.98	10.88	
Joco	11.15 <td>11.02</td> <td>—<td>August</td><td>10.98<td>10.88</td></td></td>	11.02	— <td>August</td> <td>10.98<td>10.88</td></td>	August	10.98 <td>10.88</td>	10.88	
Jänner 1928	11.14	11.01	— <td>September</td> <td>10.83</td> <td>10.72</td>	September	10.83	10.72	
Februar	11.14	11.01	— <td>Oktober</td> <td>10.10</td> <td>10.00</td>	Oktober	10.10	10.00	
März	11.14	11.03	— <td>November</td> <td>10.10</td> <td>10.00</td>	November	10.10	10.00	
April	11.16	11.03	— <td>Dezember</td> <td>11.12</td> <td>10.93</td>	Dezember	11.12	10.93	
Mai	11.16	11.03	— <td>Oktober 1928</td> <td>10.73</td> <td>10.52</td>	Oktober 1928	10.73	10.52	
Juni	11.12	11.00	—				

	14. 10.	12. 10.
Tagesimport	—	—
Tageslocoverkäufe	7000	10000
Exportverkäufe	700	300
Wpt. Upper F. G.		
fair local	1530	1475

Selma Löwenberg & Co.,
Kopstadtplatz 7
Spezialhaus für feine Damenmoden
Elegant Preiswert

ESSEN

Anna Wichterich
Surmannngasse 4
Elegante Damenhüte
Modelle Modartikel

Während der Sendtage bleibt das Geschäft mittags durchgehend geöffnet, am Sonntag von 11 bis 6 Uhr.